

## Folgenlose Offensive

### **Die Linke will »Markenzeichen ausprägen«: Kampagne gegen Privatisierung öffentlicher Infrastruktur. Beratungsangebote« für Landes- und Kommunalpolitiker**

*Jana Frielinghaus*

Ob es um »die Menschenrechte« in Kuba geht oder um eine von ihm vorgestellte »Offensive gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge«: Dietmar Bartsch, Bundesgeschäftsführer der Partei Die Linke, sagt mit einem verständnisvollen bis süffisanten Lächeln in aller Regel mehr als mit seinen vorgefertigten Pressestatements.

Am Montag hatte er den Parteauftrag, im Berliner Karl-Liebknecht-Haus den Start einer Kampagne gegen den Ausverkauf öffentlicher Güter zu verkünden, den man »nicht länger so hinnehmen« wolle. Bundesweit will die Partei Bartsch zufolge unter dem Motto »Öffentlich! Weil's wichtig für alle ist« mit dem Thema »ein Markenzeichen ausprägen«. Was angesichts der Mitgift, die die Linkspartei.PDS in die Ehe mit der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) eingebracht hat, kein ganz leichtes Unterfangen sein dürfte. Politiker der früheren PDS haben bereits in vielen Fällen, insbesondere in Berlin, beispielsweise den Verkauf kommunaler Wohnungsbestände mitgetragen.

Bartsch betonte, Sanktionen gegen Politiker, die entgegen dem Kampagnenziel weitere Privatisierungen zu unterstützen, werde es nicht geben. Eine »rein ideologische Kampagne« auf Bundesebene werde es nicht geben. Bartsch zufolge geht es bei der neuen »Offensive« nicht nur um die Verhinderung des Verscherbels von Nahverkehrsbetrieben, Wasserwerken oder Wohnungen, sondern auch um mehr Transparenz und eine bessere demokratische Kontrolle beispielsweise von Sparkassen. Deshalb plane die Partei auch Schulungen für Genossen, die in den Aufsichtsräten der Geldinstitute sitzen. Die aktuellen Vorgänge bei der Sächsischen Landesbank zeigten, daß deren Manager vielfach freie Hand bei riskanten Spekulationen haben, was zu Millionenverlusten geführt habe, für die der einfache Steuerzahler aufkommen müsse.

Laut Bartsch will die Linke sich künftig auch am Widerstand gegen die Privatisierung der Deutschen Bahn aktiver beteiligen. Als Verdienst der Linken hob Bartsch hervor, daß in Schwerin der Verkauf kommunaler Wohnungen bisher verhindert werden konnte. Außerdem unterstützt die Partei ein Bürgerbegehren gegen den Verkauf von Anteilen an den Leipziger Stadtwerken, das ebenfalls am Montag startete. Nach Angaben von Dietmar Bartsch will die Linke einen parteiinternen Informationsverbund, eine sogenannte Watching-Stelle, aufbauen. In einem ersten Schritt sollen dabei über Fragebögen im Internet geplante Privatisierungen in Kommunen erfaßt werden. Kommunalabgeordnete sollen über eine »Kommunalakademie« qualifiziert und über ihre Möglichkeiten der Einflußnahme informiert werden. Der Erhalt öffentlichen Eigentums wird auch Schwerpunkt einer Parteikonferenz am 9. und 10. November in Hannover sein.